

34. Interpellation E. Mundwiler

betreffend der Informationspolitik in bezug auf Störfälle beim KKW Fessenheim

Wie dem *Regionaljournal Radio DRS* vom 8. und 9. April 1999 zu entnehmen war, nehmen die Störfälle beim KKW Fessenheim zu. In diesem Zusammenhang stellt sich für die Bevölkerung in der Regio die Frage, wie es generell um die Sicherheit dieser Anlage steht. Nach den Informationen aus der genannten Sendung zu schliessen, ist die Informationspolitik seitens der Betreiber oft unklar, zum Teil auch widersprüchlich. Vor allem werden Störfälle nur unter Druck der Öffentlichkeit bekanntgegeben oder werden durch den Pressesprecher des Kernkraftwerks Fessenheim als Bagatellen abgetan. Da es sich bei diesem Kraftwerk um die ältere Generation von KKW handelt und von Fachleuten als «Schrott-KKW» bezeichnet wird, entsteht ein ungutes Gefühl, wenn nicht klar und umgehend informiert wird. Von Experten wird auch darauf hingewiesen, dass das öftere Ab- und Einschalten dieser alten Anlage immer als kritische Massnahme zu betrachten sei. Ein im Februar 1999 überwiesener Anzug geht speziell auf das Problem «Fessenheim» ein. Dieses heikle Thema muss meines Erachtens durch die Behörden möglichst bald aufgenommen werden und kann nicht den Umweltverbänden (WWF, Greenpeace) allein überlassen werden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie, wann und durch wen wird der Regierungsrat über Störungen und Probleme beim KKW Fessenheim orientiert?
2. Um welche Art von Störfällen handelte es sich, welche in letzter Zeit nur unter Druck der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurden? Wie ist das Risiko für die Bevölkerung nach der Beurteilung unabhängiger KKW-Experten einzustufen? Wenn es keine Untersuchung gibt, kann der Regierungsrat in den geeigneten Gremien darauf hinwirken, dass eine solche Risikostudie erstellt wird?
3. Durch welchen neutralen Experten werden die Störungen in Fessenheim untersucht, und durch welche Gremien wird die gesamte Regio informiert?
4. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die Informationsorganisation in der Region genügt (Umweltverbände, WWF, Greenpeace), oder wo besteht nach seiner Ansicht Handlungsbedarf? Wie und wann wird Basel von den Bundesbehörden orientiert? Wie sollen die Umweltorganisationen den Betrieb überwachen, wenn sie weder über die nötigen Geldmittel verfügen noch über die für eine Beobachtung nötigen Informationen?
5. Ist der Regierungsrat bereit, zusammen mit unsern Partnern in der Regio, seine Besorgnis über den Zustand dieses KKW bei den Behörden in Frankreich zu deponieren, und was wird nach seinen Informationen auf Bundesebene in dieser Richtung unternommen?

6. *Welche weiteren Massnahmen drängen sich auf um a) die Sicherheit der Bevölkerung und b) die Informationspolitik zu verbessern?*
7. *Ist der Regierungsrat bereit, bei den zuständigen Bundesbehörden betreffend den Problemen beim KKW Fessenheim vorstellig zu werden, und wie kann das Hin- und Herschieben der informellen Zuständigkeiten beendet werden?*

Der *Interpellant* verzichtet auf eine Begründung.
Diese Interpellation wird schriftlich beantwortet.